

Ausschuss stimmt Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms zu

Diskussion um Abstände von Windrädern hält an

(lv) Landkreis. Man muss es wohl so kompliziert formulieren: Der zuständige Fachausschuss hat am Donnerstag der Eröffnung des Beteiligungsverfahrens zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Hildesheim zugestimmt. Er hat damit auch beschlossen, dass in dem 150-Seiten-Entwurf die Mindestabstandsgrenze von Windrädern zur Wohnbebauung bei 750 Metern bleibt.

Erneut war die Sitzung gut besucht. Vor allem die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Kein Windpark Hei- num“ hatten sich gut auf die Bürgerfragestunde vorbereitet. In ihren Albträumen sehen sie die bis zu 200 Meter hohen Windräder schon direkt vor ihren Häusern stehen. Sie befürchten Schatten, Lärmbelästigung und Gesundheitsgefahren. Auch vor einer „Verspargelung“ der Landschaft

warnten die Bürger. Doch mehrere Politiker machten deutlich, dass jetzt erst die Beteiligung der Öffentlichkeit beginnt. Hier würden auch die Bedenken der Heinumer einfließen, versprachen sie. In dem Raumordnungsprogramm ist die Fläche bei Heinum zwischen den Kreisstraßen 415, 416 und 417 als so genanntes Vorranggebiet ausgewiesen.

Kreis-Planer Jürgen Flory bat darum, den gesamten Landkreis in den Blick zu nehmen. Die Ausweisung der Vorrangflächen bedeute, dass andere Flächen damit ausgeschlossen seien. „Sonst könnten noch weitaus mehr Windräder beantragt werden, was erst recht zu einer Verspargelung führen würde.“ Im Rahmen der Energiegewinnung müsse der Landkreis ausreichend Flächen für Windenergie vorhalten. Um eine Entfernung von fünf Kilometern zwischen den einzel-

nen Gebieten einhalten zu können, habe man den Mindestabstand von 750 Metern gewählt. Andernfalls hätte der Kreis insgesamt zu wenig Flächen ausweisen können.

Uwe Steinhäuser (Die Unabhängigen) überzeugte das nicht. Er verwies darauf, dass das Land selbst einen Abstand von 1.000 Metern vorgebe. Als einziger stimmte er gegen den Raumordnungs-Entwurf. Doch auch Vertreter von CDU und FDP teilten die Kritik. SPD und Grüne bemängelten wiederum, dass andere Vorgaben des Landes unabänderlich seien. „Warum steht die 380-KV-Stromtrasse bereits da drin, obwohl sie noch gar nicht beschlossen ist?“, fragte Dr. Cornelia Ott (SPD). Ekkehard Domning (Grüne) ergänzte: „Ich stelle mir politisches Gestalten anders vor.“ Zwischenruf Reimund Kaune (CDU): „Sie haben doch jetzt die Macht!“